



Arbeiterwohlfahrt  
Bezirksverband  
Niederrhein e.V.

# 90 Jahre Arbeiterwohlfahrt

**Festakt**

**im Theater und Konzerthaus Solingen**

**07. November 2009**

**AWO Niederrhein:**

**Woher wir kommen - wohin wir gehen**

**Festrede**

**von**

**Paul Saatkamp**

**Ehrevorsitzender AWO Bezirksverband Niederrhein e.V.**

Arbeiterwohlfahrt  
Bezirksverband Niederrhein e. V.  
Lützowstraße 32  
45141 Essen  
Tel. / Fax: 02 01 / 31 05 - 0 / -276  
info@awo-niederrhein.de  
<http://www.awo-nr.de>

Wer nicht weiß, wo er herkommt, kann auch nicht sagen, wo er hin will.

Ich fange deshalb auch an mit einem Blick, der weiter zurück reicht, als es sicher heute von Ihnen/euch erwartet wird, nämlich in die Vorzeit unserer Gründung.

Mit dem Gründungsbeschluss des Parteiausschusses vom 13. Dezember 1919 begann zwar die Zeitrechnung der Arbeiterwohlfahrt, aber es wurde auch endlich eine Frauenbewegung der Arbeiterschaft legitimiert, die schon fast zwanzig Jahre solidarischer Wohlfahrtsarbeit hinter sich hatte. Und hinter vielem, was ich zu dieser und auch späterer Zeit zu berichten habe, werden Sie/werdet ihr eine Hommage an die Frauen der Arbeiterbewegung erkennen.

Ich muss gestehen: Erst jetzt, auf der Suche nach dem „woher wir kommen“ und damit einer intensiven Erforschung der „Vorzeit“ der Gründung, wird mir das Besondere unseres Verbandes und die Leistung der Frauen der Genossen deutlich. Sie haben schon damals echte Selbsthilfe organisiert und die Grundwerte, auf die wir uns bis heute berufen nicht nur postuliert, sondern vorgelebt.

Unsere frühe Geschichte ist eine Frauengeschichte. Doch sie begann schon in einer Zeit relativer Rechtlosigkeit von Frauen, denen es damals nicht erlaubt war, sich politisch zu organisieren, die unter der gesetzlichen Einschränkung der so genannten „Hausfrauehe“ standen und die kein Wahlrecht hatten. Deshalb ist es besonders geboten, in einem solchen Rückblick ihre besondere Rolle entsprechend zu würdigen.

Und dazu legen die Aktivitäten schon um die Jahrhundertwende in unserer Region ein beeindruckendes Zeugnis. Schon 1905 hatten sich im „Solinger Kreis“ sozialdemokratische Frauen um die Nöte von Kindern, Frauen, Arbeitslosen und anderen Schwachen der Gesellschaft gekümmert. In Düsseldorf bildeten sie sogar eine „Örtliche Kommission zur Kontrolle der Einhal-

tung des Kinder-Arbeitsschutzgesetzes von 1903“ und organisierten schon um die Jahrhundertwende Freizeiten für Arbeiterkinder. Aus Essen wissen wir, dass schon 1904 ein Selbsthilfe-Netzwerk von sozialdemokratischen Frauen organisiert wurde.

Bei all diesen Aktivitäten ging es nicht nur um Ergänzung der mangelhaften staatlichen Armenfürsorge sondern um deren Ersatz, weil im Kaiserreich nur bei „Unterstützungswürdigkeit“ Hilfe geleistet wurde, die den Verlust der Bürgerrechte - vor allem des Wahlrechtes - zur Folge hatte.

Die praktische Hilfstätigkeit war das eine, aber es drängte die Frauen zur politischen Einflussnahme.

Mitte September 1904 fand in Bremen - übrigens unter Beteiligung einer starken Niederrheinischen Delegation - die „Dritte Konferenz sozialdemokratischer Frauen“ statt. In Düsseldorf kam es dann im Juli 1905 zu einer „Öffentlichen Frauen-Versammlung“

Um einen organisatorischen Status zu haben, schlossen sich immer mehr Sozialdemokratische Frauen in den Kinderschutzkommissionen zusammen, die dann auch eine Art Vorläufer der AWO wurden. Als 1908 das Vereinsgesetz aufgehoben und gemeinsame politische Organisation von Männern und Frauen möglich wurde, übernahm die SPD die organisatorische Verantwortung für die Kinderschutzkommissionen. Bereits 1911 bestanden reichsweit 135 von Frauen organisierte Kinderschutzkommissionen der SPD. Am Niederrhein sind vor dem 1. Weltkrieg 12 bekannt, es dürften aber mehr gewesen sein.

Während des 1. Weltkrieges wurden sozialdemokratische Frauen, die bis dahin weitgehend ausgeschlossen waren, plötzlich für die „Kriegswohlfahrtspflege“ gebraucht. Anfangs stieß das Ansinnen, plötzlich mit bürgerlichen Frauen und Kommunen zusammen zu arbeiten, auf breite Ablehnung. Die Mehrheit wollte eine „selbständige Aktion“. Erst nachdem die Frauensekretärin der SPD, Luise Zietz, 1915 mit ihrem

Plan „Hilfsaktion der Proletarierinnen“ die Genossinnen zur Mitarbeit in den kommunalen Unterstützungskommissionen aufrief, schlossen sich auch am Niederrhein die Genossinnen mehrheitlich dem „Nationalen Frauendienst“ an und arbeiteten erstmals mit den Stadtverwaltungen Hand in Hand.

Sozialdemokratinnen wurden damit erstmals bei der Mitarbeit im System der öffentlichen und privaten Fürsorge nicht mehr zurückgewiesen. In der Folge gewannen sie immer mehr Einfluss bei der Ausgestaltung der Hilfen.

Während der Kriegsjahre und dem Elend der Nachkriegszeit war es dann konsequent, dass die gewonnenen Erfahrungen nicht mehr nur in Kooperation mit bürgerlichen oder christlichen Hilfsorganisationen umgesetzt wurden, sondern selbständige Organisationsformen gefunden werden mussten, um eine andere Form von sozialer Arbeit zu verwirklichen.

Marie Juchacz, als Referatsleiterin für Frauenbewegung im Parteivorstand setzte sich in Berlin an die Spitze der Bewegung. Durch Beschluss des Parteiausschusses in der Sitzung am 13. Dezember 1919 wurde der Weg zur Gründung der Arbeiterwohlfahrt freigegeben. In der Begründung ihres Organisationsvorschlages machte Marie Juchacz deutlich, wie überfällig die Legalisierung der wohlfahrtspflegerischen Arbeit sozialdemokratischer Frauenorganisationen geworden war und wie man „vor Ort“ auf die Gründung der „Sozialdemokratischen Wohlfahrtspflege“ wartete.

Das Protokoll der Sitzung bestätigt in vielen Wortbeiträgen nicht nur ihre Einschätzung, sondern ist beredtes Dokument wie differenziert die überall im Lande gewachsenen Hilfsstrukturen schon waren, und wie schwer die Hindernisse zur offiziellen Mitwirkung im Konzert der Hilfsorganisationen zu überwinden waren.

Einstimmig folgte der Parteiausschuss dem Vorschlag von Marie Juchacz und räumte dem Organisationsausschuss das

Recht ein, sich zu kooptieren und an die Bezirke heranzutreten.

Es war wie ein Befreiungsschlag für sozialdemokratische Frauen, die schon vor, während und nach dem 1. Weltkrieg in Nachbarschaftshilfen, Netzwerken und in Kinderschutzkommissionen unter schwierigen Bedingungen beachtliches geleistet hatten.

Wie sehr die Gründung der AWO als „eigene“ Wohlfahrtsorganisation von sozialdemokratischen Frauen als eine Art Befreiung empfunden wurde, wird bei Magdalena Heimann, Mitbegründerin der Berliner AWO, deutlich. Ich zitiere: „Vorher machten Frau Pfarrer und Frau Direktor in Wohlfahrt und prüften dabei nach moralischen Kriterien. Das hing uns buchstäblich zum Halse raus, schließlich braucht ein jeder hungernde Mensch in dieser Zeit Hilfe.“

Am Niederrhein hatten viele der einzelnen Ortsgruppen sozialdemokratischer Frauen schon über die Kinderschutzkommissionen und in Folge der Mitwirkung in der Kriegswohlfahrtspflege und im Nationalen Frauendienst unter anderem in Dinslaken, Düsseldorf, Duisburg, Elberfeld, Essen, Solingen, Velbert, Vohwinkel, und Wesel, verbindliche Organisationsformen entwickelt.

Folgerichtig organisierten die Vertreterinnen dieser Gruppen, von denen einige bereits an der „ersten Reichskonferenz“ in Görlitz teilgenommen hatten, dann auch die Gründungskonferenz der Niederrheinischen Arbeiterwohlfahrt am 1. November 1921 in der Duisburger Tonhalle. Bezeichnend ist, dass diese erste Konferenz als „Frauenkonferenz“ ausgeschrieben und auch überwiegend von Frauen gestaltet wurde. Über die zweitägige Konferenz erschienen ausführliche Berichtete in den Sozialdemokratischen Presseorganen, dem Düsseldorfer Volksblatt und der Essener Arbeiterzeitung. Letztere titelte: „Vor grünem Laub stand Bebel's Büste auf dem Podium, flankiert von roten und republikanischen Fahnen.“

Nach lebhafter Diskussion wurde die

erste Satzung der Niederrheinischen Arbeiterwohlfahrt, die von Mitgliedern aus unterschiedlichen Ortsausschüssen vorbereitet worden war, im Wesentlichen aber die Arbeitsrichtlinien des Hauptausschusses übernahm, einstimmig verabschiedet.

Noch zu erwähnen sind die beschlossenen Anträge, die sich aus der Frauenarbeit in den Kinderschutzkommissionen ergaben. Sie befassten sich mit den Zuständen in der Fürsorgeerziehung und, im Zusammenhang mit der Lage der unehelichen Mütter, der Abschaffung des § 218.

Ausgesprochen delikater war ein Antrag der Frauen, die bis dahin die gesamte Arbeit verantwortlich organisiert und geleistet hatten, nämlich sicherzustellen, dass jedem Ortsvorstand mindestens eine Frau angehören sollte.

Das war dann die offizielle Geburtsstunde der AWO am Niederrhein

Der Hauptausschuss hatte aus Berlin zwei der wichtigsten Vordenker, Dr. Hans Caspari, der auch schon in Görlitz das Grundsatzreferat gehalten hatte, und Clara Bohm-Schuch, entsandt, die beide vor der Entwicklung zu einem caritativen Verein warnten und verlangten, auf Einrichtungen und Maßnahmen zu verzichten.

Übrigens eine ideologische Bremse, die schon damals an der niederrheinischen Realität vorbeiging, aber noch zu jahrelangen Auseinandersetzungen mit dem Hauptausschuss führen sollte.

In den Jahren nach der Gründungskonferenz spielte der Bezirksausschuss für die Weiterentwicklung des Verbandes kaum noch eine Rolle. Das lag zwar auch daran, dass, nach einer organisatorischen Neuordnung der SPD, der Niederrhein geteilt wurde, und der linksrheinische Teil von der bis dahin für den ganzen Bereich zuständigen „Elberfelder Geschäftsstelle“ nicht mehr zu organisieren war, aber ausschlaggebend war die Konzentration aller Kräfte der jungen Organisation auf die örtliche Gestaltung.

Eine ganze Reihe der Ortsausschüsse nahm eine rasante Entwicklung, sowohl, was die politische Einflussnahme vor Ort wie auch die wohlfahrtspflegerische Arbeit in den Elendsjahren zwischen 1921 und 1924 anging. Organisatorisch und inhaltlich orientierten sich vor allem die großen Ortsausschüsse direkt am Hauptausschuss, der reichsweit Hilfsaktionen in Gang setzte.

Nach der französisch-belgischen Besetzung des Ruhrgebietes, im Januar 1923, durch die auch der größte Teil der Bevölkerung unseres Bezirks betroffen war, stieg die Not ins Unbeschreibliche.

Die Ortsausschüsse der AWO leisteten aus dem Stand Hilfe in einem Umfang, der an die ersten Jahre der Netzwerke erinnerte. Man teilte wieder miteinander, stützte sich durch Nachbarschaftshilfe. Und jetzt waren es die Frauen der AWO, die endlich im Konzert mit den anderen Hilfsorganisationen eine führende Rolle übernahmen.

Im Dezember 1923 kam es zu einer AWO-Konferenz der Bezirke des besetzten Gebiets in Köln an der internationale Hilfsorganisationen teilnahmen und die sich mit einem Appell - dem „Aufruf zur Bergarbeiterhilfe“ - an die Internationale der Arbeiterschaft wandte.

Neben Geld- und Sachspenden aus vielen europäischen Ländern und Amerika setzten vor allem die Einladungen von Kindern in ausländischen Gastfamilien ein deutliches Zeichen internationaler Solidarität der Arbeiterschaft.

Für die AWO der besetzten Gebiete übernahm der Ortsausschuss Essen die Organisation der mehrmonatigen Auslandsaufenthalte von mehr als 3.000 notleidenden Kindern in Holland, Dänemark und der Schweiz.

Und auch die augenfällige Notwendigkeit Hungernde zu speisen, Frierende zu kleiden und Kranke zu versorgen, aktivierte - wie um die Jahrhundertwende und in den Kriegsjahren - in allen Ortsausschüssen unserer Region enormes personelles Potenti-

al. Hilfsmaßnahmen wurden entwickelt und durchgeführt, die reichsweit Vorbildcharakter hatten, als beispielhaft galten und auch entsprechende Würdigung fanden.

In ihrer „Nationalen Bilanz“ von 1924 wies Marie Juchacz unserem Bezirk, namentlich den Essener und Düsseldorfer Ortsausschüssen einen exponierten Stellenwert zu.

Zurück zum Bezirk und der regionalen Entwicklung der AWO. Wie schon gesagt und begründet, spielte der Bezirksausschuss in den Jahren 1922 bis 1924 keine große Rolle. Erst mit der Bezirkskonferenz am 29. Juni 1924 im Düsseldorfer Kreishaus übernahm er wieder die inhaltliche und organisatorische Führungsrolle, die übrigens auch vom Hauptausschuss konkret angemahnt wurde.

Inhaltlich konzentrierten sich die Diskussionen auf die immer noch unbeantwortete „Gretchenfrage“ des Verbandes: „Einrichtungen ja oder nein“? Die offizielle Politik des Hauptausschusses hielt an dem Vorrang der umfassenden staatlichen Hilfen fest, die niederrheinische Praxis hatte - aus der Not geboren - diese Funktionssperre schon längst ad absurdum geführt.

Zum offenen Konflikt mit dem Hauptausschuss kam es dann, als am 1. Juni 1925 der Bezirksausschuss gemeinsam mit dem Ortsausschuss Düsseldorf in Urdenbach ein Kinderheim eröffnete und im Februar 1926 das Gerresheimer Waisenhaus eröffnet wurde.

Wie realitätsfern der Streit um die sogenannte Subsidiaritätsfrage war und wie unbeeindruckt davon sich unsere Praxis entwickelte, zeigt die Statistik der AWO am Niederrhein im Jahre 1931: 40 Ortsausschüsse, 60 Beratungsstellen, 130 Nähstuben, 3 Kinderheime, 4 Kindertagesheime, 4 Jugendheime, 1 Ledigenheim und 1 Waisenhaus. (Genetischer Widerspruchsgeist)

Und alles das wurde noch ausgebaut, bis zum Verbot der AWO 1933. Und dann kam das traurigste Kapitel in der Geschichte

unseres Verbandes. Wie im ganzen Reich wurden auch bei uns die Geschäftsstellen besetzt, Heime und Einrichtungen von der Deutschen Arbeitsfront in Besitz genommen. Verantwortliche in der AWO, die sich bis zuletzt geweigert hatten, mit den neuen Machthabern zusammen zu arbeiten, waren sofort konkreter Verfolgung ausgesetzt.

Die Zeit danach beschreibt im übrigen Heinz Niedrig in seinem 2003 erschienenem Buch „Die Arbeiterwohlfahrt in der Zeit von 1933 bis 1945“, in dem er sehr eindrucksvoll die AWO unter dem Hakenkreuz und in der Emigration, aber auch berührende Einzelschicksale in der Verfolgung schildert.

„Über den Tag hinaus“ - betitelt Marie Juchacz ihre beachtenswerte Rede nach ihrer Rückkehr aus den USA auf der Reichskonferenz hier in Solingen - an diesem Ort, an dieser Stelle. Sie schlug damit den Bogen über die Zeit der Nazidiktatur, über das Verbot der AWO, über Verfolgung und Leiden, aber auch über Zusammenhalt und Widerstand der Menschen, die den Verband verkörperten.

Und weil handelnde Menschen mindestens so viel über den inhaltlichen Wert einer Gemeinschaft aussagen, wie ihre Programme und Absichtserklärungen, scheint es mir an der Zeit, dass wir uns in der Rückbetrachtung den Menschen zuwenden, die bei uns für ihr Festhalten an der Ideologie und den Werten des Verbandes Leiden auf sich nahmen und über die Zeit des Dritten Reiches hinaus, weiter getragen haben.

Wie im Hauptausschuss Marie Juchacz, Lotte Lemke - und sicher auch noch andere - stehen auch bei uns beispielhaft für viele Paul Gerlach, Lore Agnes, Anna Siemsen, Ernst Gnoß, die den Verband geprägt haben und - bis auf Paul Gerlach, der leider die neue Zeit nicht mehr erleben durfte - die Werte der Gründerzeit auch „über den Tag hinaus“ lebendig hielten.

Paul Gerlach gründete 1920 den Ortsausschuss Düsseldorf, dessen Vorsitz seine Frau Martha übernahm und wurde 1925 Be-



## Arbeiterwohlfahrt Bezirksverband Niederrhein e.V.

zirksvorsitzender. Sozialpolitiker durch und durch, gehörte er schon 1919 dem Rheinischen Provinziallandtag - später als Leiter der Hauptfürsorgestelle - an und war von 1928 bis 1933 Mitglied des Reichstages. In vielen Protokollen des Reichstages und in den Archiven des Provinziallandtages wird deutlich, welch exzellenter Sozialpolitiker er war und wie tief die Werte der Arbeiterbewegung in ihm wurzelten.

1933 zum ersten Mal verhaftet, folgten weitere Einweisungen in Haftanstalten und den Konzentrationslagern Lichtenau und Sachsenhausen, wo er im Oktober 1944 zu Tode kam. Wie viele hier war ich dankbar und tief beeindruckt, als ich der Presse entnahm, dass der Bundesverband zum Jubiläum im Gedenken an die Verfolgten der AWO, in der KZ-Gedenkstätte Sachsenhausen ein Mahnmal einweihte, das seinen Namen trägt. Seiner Witwe, halfen die Freundinnen des Ortsausschusses über die schwere Zeit hinweg. Sie hielt den Kontakt zur AWO, bis sie am 29. April 1953 verstarb.

Was wir noch mitbekommen haben: Sie konnte ihren letzten Versorgungsanspruch erst realisieren, als die Witwe von Roland Freisler schon ihre Pension bezog.

Lore Agnes gehörte zu den Frauen der ersten Stunde, also schon zu denen der Vorzeit. Sie war Dienstmädchen in Düsseldorf, schloss sich 1906 der SPD an, gründete den „Verband der Hausangestellten und engagierte sich in der Kinderschutzkommission des Bezirks Niederrhein. Die Gründung der AWO im Raum Düsseldorf ging auch auf ihre Initiative zurück. Als aktive Kriegsgegnerin wurde sie während des ersten Weltkrieges mehrfach verhaftet, schloss sich 1917 der USPD an und ging damit der AWO in der wichtigen Gründungsphase verloren. Nach dem Vereinigungsparteitag kam sie 1922 mit vielen anderen auch zurück in die AWO, wo sie am Niederrhein eine der Führungsfiguren der jungen AWO wurde und auch, verbunden mit ihrem Reichstagsmandat, das sie bis 1933 ausfüllte, in die Führungs-

riege des Hauptausschusses einrückte. Sie vertrat konsequent, wie kaum eine andere, in Niederrheinischer Tradition linke Politik. Zu Beginn der Machtergreifung ging sie in den Untergrund, wurde aber entdeckt und bis 1944 mehrfach inhaftiert. Nach dem Krieg gehörte sie zu den Frauen der ersten Stunde und beteiligte sich in Düsseldorf aktiv am Wiederaufbau der SPD und der AWO.

Einen vergleichbaren politischen Werdegang hatte Anna Siemsen, die nach ihrer aktiven Zeit in der USPD, für die sie drei Jahre im Düsseldorfer Stadtrat saß, ebenfalls dem linken pazifistischen Flügel der SPD beitrug. 1921 und 1922 war sie als Beigeordnete in Düsseldorf tätig und machte sich mit ihren zukunftsweisenden pädagogischen Konzepten, von denen die Arbeiterwohlfahrt am Niederrhein fachpolitisch enorm profitierte, einen Namen weit über die Landesgrenzen hinaus.

Tucholsky würdigte sie als „eine der drei klügsten Frauen Europas“.

1933 emigrierte sie in die Schweiz, 1946 kam sie nach zurück, zog dann aber nach Hamburg, wo sie einen Lehrauftrag an der Universität erhielt.

Ernst Gnoß, von Beruf Schriftsetzer, engagierte sich früh in der SPD, der Gewerkschaft und der AWO, arbeitete nach 1933 im Untergrund und hielt Kontakt zu den Genossen in der Emigration, vornehmlich zu Martha Ollenhauer, die die AWO in London organisierte. 1935 wurde er verhaftet, und zu vier Jahren Zuchthaus verurteilt. Nach seiner Haftentlassung konnte er in Solingen zuerst wieder als Schriftsetzer arbeiten, musste erneut untertauchen und wurde nach erneuter Verurteilung zur „Todeskompanie Organisation Todt“ verpflichtet. Nach 1945 kam ihm die führende Rolle bei der Wiederbegründung von SPD und AWO am Niederrhein zu. Er wurde Vorsitzender des SPD-Bezirks Niederrhein, gründete dann gemeinsam mit Willi Wolff die AWO in Solingen und im Bezirk Niederrhein. Im Oktober



1946 wurde er Mitglied des ersten Landtags und dessen Präsident. Im April 1948 wurde er Wiederaufbauminister. Im März 1949 verstarb er an den Folgen einer Tuberkulose, die er sich in der jahrelangen Haft zugezogen und verschleppt hatte.

Über den Tag hinaus - der Krieg und die Nazidiktatur waren zu Ende - und alle, die 1945 wieder anfangen oder weiter machten, war klar, dass sie ein Erbe zu verwalten hatten und all denen in der Pflicht standen, die nicht mehr dabei waren, nicht weitermachen konnten, weil sie die schlimme Zeit nicht überlebt hatten. Die AWO wurde zum selbstständigen und parteipolitisch unabhängigen Wohlfahrtsverband. Ausdrücklich blieb aber das Bekenntnis zum demokratischen Sozialismus.

Über die Nachkriegsentwicklung der AWO im Bezirk Niederrhein habe ich bei meinem Festvortrag anlässlich der Feierstunde zum 60. Jahrestag nach Wiederbegründung und dem 50. Todestag von Marie Juchacz ausführlich referiert. Die **Dokumentation** dieser Veranstaltung finden Sie/findet ihr in den Konferenzunterlagen.

Darauf muss ich jetzt leider verweisen, weil ich heute andere Schwerpunkte setzen will. Dazu nur noch soviel: Natürlich kam den sichtbar Verantwortlichen der Wiederbegründung Ernst Gnoß, Willi Wolff und Willy Könen besondere Bedeutung zu, was aus der Dokumentation deutlich hervorgeht. (Tochter Irmgard Prüsse und Sohn Dr. Erich Wolff, sitzen heute hier einträchtig nebeneinander - wie einst ihre Väter.)

Aber es waren wieder die Frauen, die die Kernerarbeit leisteten, die anpackten, Verantwortung übernahmen und den Verband mit Leben füllten. Auch sie sind in der Dokumentation besonders erwähnt. Sie erinnerten an die Vorzeit der Gründung. Sie und ihre Genossinnen haben die AWO in die neue Zeit geführt. Manchmal aus dem Nichts. Mit Mut, Kreativität, Engagement und der Bereitschaft, bei den ersten Gründungen von Einrichtungen und Diensten,

Verantwortung zu übernehmen und persönliche Risiken einzugehen.

Sie haben den Bogen gespannt zu den Frauen der Vorzeit und der Geburtsstunde. (Übrigens - in einem war ihre Lage immer noch vergleichbar mit der ihrer Vorgängerinnen vor und nach der Gründung. Frauen waren immer noch Menschen minderer Rechte. Es galt immer noch das Leitbild der Hausfrauenehe, der Mann konnte die Schlüsselgewalt einschränken oder ausschließen und bei Erwerbstätigkeit konnte der Ehemann das Arbeitsverhältnis seiner Frau eigenmächtig auflösen. Und das galt noch bis 1954!) Umso mehr gebührt diesen Frauen unsere besondere Hochachtung.

Zu diesem Thema gibt es in der vorliegenden **Dokumentation** auch einen beachtenswerten Beitrag von Britta Altenkamp.

Natürlich setzte die 2. Reichskonferenz nach 1933, die vom 9. - 12. Oktober 1949 in Solingen - also fast auf den Tag vor 60 Jahren - hier an dieser Stelle in der alten Stadthalle und auf Schloß Burg stattfand, für die Entwicklung am Niederrhein neue Akzente. Und das umso mehr, als sie verbunden war mit einer Großveranstaltung zum Gedenken des 30 jährigen Bestehens der AWO. Auf dieser Konferenz formierte sich der Verband endgültig für den Aufbruch in die neue Zeit und fasste richtungsweisende Beschlüsse, die auch für unseren Bezirk wichtige Anstöße zur Weiterentwicklung gaben.

Was unseren Freunden, vor allem in der Bergisch/Rheinischen Region, alles abverlangt wurde, eine solche Veranstaltung zu dieser Zeit zu organisieren ist ebenfalls in der **Dokumentation** angedeutet.

Die Hauptarbeit - nämlich die Verpflegung und Unterbringung der Delegierten und Gäste sicherzustellen - fiel der damaligen Sekretärin des Kreisverbandes Solingen zu. Unserer lieben alten Freundin Änne Franz - sie ist heute hier unter uns und sie hat im stolzen Alter von 87 Jahren nicht nur aus ihrem Gedächtnis, sondern auch aus dem Solinger Stadtarchiv Erinnerungen an

dieses Ereignis hervorgeholt und wichtige Dokumente gesichert. Dafür, liebe Änne, auch an dieser Stelle noch einmal „herzlichen Dank“.

Mitte der 60er Anfang der 70er Jahre veränderte unser Verband sein Gesicht. Unternehmerische- und Finanzierungsaspekte bestimmten mehr und mehr das Tagesgeschäft der Vorstandsarbeit. Das hatte aber auch zur Folge, dass Frauen sich mehr und mehr aus verantwortlichen Vorstandspositionen zurückzogen, weil die neue dominante unternehmerische Verantwortung nicht ihren Vorstellungen und Neigungen entsprach.

Zwischen 1976 und 1990 gab es, bis auf eine Ausnahme, nur noch männliche Kreisvorsitzende. Die Vorstellungen von Marie Juchacz, dass die AWO auf Dauer die Basis der Frauenbewegung der Arbeiterschaft sein sollte, galt - nicht nur bei uns - nur noch für die zweite und dritte Reihe. Mit diesen Frauen ging uns nicht nur Kontinuität und Kreativität, sondern auch ein Stück unserer Seele verloren.

Trotz hin und wieder anderer Empfindungen von außen, haben wir am Niederrhein uns immer als Teil des Gesamtverbandes empfunden und - in der Regel - auch danach gehandelt. Ich darf darauf verweisen, dass wir, bei aller Konzentration auf die eigene, die niederrheinische Entwicklung, immer und überaus aktiv und gestaltend an der Weiterentwicklung des Verbandes auf Bundes- und Landesebene mitgewirkt haben. Das galt über Jahrzehnte für unsere Vertreter/innen im Bundesvorstand, im Bundesausschuss und in den fachpolitischen Ausschüssen und Kommissionen, in denen Niederrheiner über viele Jahre den Vorsitz führten.

Eine hohe Aufmerksamkeit haben wir immer den Reichs- und Bundeskonferenzen gewidmet und dort auch mit unsern Beiträgen und fast immer mehrheitsfähigen Anträgen vieles im Verband maßgeblich mitgestaltet. Das galt in neuerer Zeit vor allem für

das so genannte Düsseldorfer Programm „Die Zukunft solidarisch gestalten“, das 1998 auf der Sonderkonferenz in Düsseldorf einstimmig beschlossen wurde und für die Sonderkonferenz 2002 in Aachen, auf der wir den umfassenden Leitantrag „Soziale Demokratie im Wandel“ verabschiedet haben.

Mit dem Düsseldorfer Grundsatzprogramm haben wir unsere traditionellen Werte - die wir in wesentlichen Aussagen auf den so genannten Vereinigungskonferenzen 1990 in Berlin und 1991 in Nürnberg wem auch immer geopfert hatten - noch einmal über die Zeit gerettet. Der in Aachen beschlossene Leitantrag war Handlungsauftrag für den Verband, sich einzumischen und dem damals schon sichtbaren Sozialabbau ein politisches Alternativkonzept entgegen zu setzen.

Das waren aber auch schon die letzten Standortbestimmungen und Handlungskonzepte für den Sozialverband, wobei sich bis heute die Fragen stellen: Handeln wir nach unseren festgeschriebenen Grundwerten oder tragen wir sie nur noch bei festlichen Anlässen wie eine Monstranz vor uns her? Mischen wir uns nach den Vorgaben der Aachener Beschlüsse ein und kämpfen auf allen Ebenen gegen Sozialabbau, oder stellen wir in falsch verstandener Solidarität mit, oder in Abhängigkeit von politisch Handelnden unsere Ansprüche zurück?

Alle Versuche, diese Kernfragenfragen positiv zu beantworten, hielten - was die Verbandsspitze angeht - in der Vergangenheit einer kritischen Überprüfung nicht stand. Jetzt, nachdem seit 2008 unsere Grundwerte in den Statuten neu formuliert festgeschrieben wurden und für alle Verbandsgliederungen verbindlich sind, können sie sicher stärker eingefordert werden.

Einige Beispiele für das „Sich-Einmischen“. In der bei uns immer unbestrittenen verbands- und sozialpolitischen Verantwortung, haben wir nicht nur das „Grosse-Ganze“ sondern immer auch aktuelle politische



Entscheidungen und Entwicklungen daraufhin kritisch überprüft, ob sie denn unseren Grundvorstellungen entsprechen und deutlich und kompromisslos Stellung bezogen - wobei es manchmal so schien, als seien wir das letzte Gallische Dorf im Verband. Wir haben uns immer dann, wenn politische Entscheidungen unserer Vorstellung von sozialstaatlicher Verantwortung widersprachen, dagegen gewehrt. Auch gegen politische Freunde - auch gegen Positionschwankungen innerhalb der AWO. Wir haben uns eingemischt und hier bei uns die in der AWO oft vermisste Kampagnefähigkeit bewiesen.

In breiten Bündnissen mit Organisationen der Arbeiterbewegung und auch mit anderen relevanten Kräften - allein in acht solchen Bündnissen seit der Jahrtausendwende waren wir aktiv - haben wir nicht nur Stellungnahmen und Memoranden verfasst, sondern sind auch auf die Strasse gegangen. Immer gegen Sozialabbau und natürlich in den letzten Jahren verstärkt und immer wieder gegen die „Agenda 2010“ mit ihren katastrophalen Folgegesetzen.

Ob wir damit Erfolg hatten, steht dahin. Aber wir haben Gesicht gezeigt und die Bindung an unsere Werte nach außen getragen und die AWO in ihrer angestammten Rolle als Anwalt der Betroffenen sichtbar gemacht.

Natürlich war es belastend, sich immer häufiger auch gegen Fehlentscheidungen der Partei stellen zu müssen, der wir uns verbunden fühlen, die Teil von uns ist und deren Teil wir immer noch sind. Besonders schmerzlich war aber die Auseinandersetzung im eigenen Verband, mit langjährigen persönlichen Freunden. Das aber war auch immer ein offenes Bekenntnis zum ehrlichen Umgang miteinander.

Nun, heute, nachdem die Folgen dieser politischen Fehlentscheidungen immer deutlicher sichtbar werden und selbst die damaligen Mitverantwortlichen das alles nicht mehr schön reden, haben sich die Wo-

gen geglättet. Unterm Strich hat das dem Verband nicht geschadet und dem Einen oder Anderen gut getan.

Und im Gegensatz zu vielen andern konnten und können die neuen politischen Akteure in Bund und Land uns nicht vorwerfen, wir seien auf einem Auge blind. Das macht uns natürlich auch freier und glaubwürdiger und ich hoffe, in diese Richtungen wird man noch viel von uns hören. Ich denke, als der Wohlfahrtsverband der Arbeiterbewegung sind wir denen, die uns ihr schwer erkämpftes Erbe hinterlassen haben, im Rahmen unsere Möglichkeiten gerecht geworden

Nach diesen Standortbestimmungen und Leitgedanken für den Sozialverband lag das Hauptaugenmerk auf der Vorbereitung der so genannten „Verbandsreform“, die mit den Konferenzen 2007 und 2008 zu einem vorläufigen Abschluss gebracht wurde und die vorrangig das Ziel hatte, den Unternehmensbereich durch verbindliche und vergleichbare Regelungen zu sichern.

Dem dienten die neuen Mustersatzungen - die zum ersten Mal auch für die Untergliederungen verbindlich sein sollen -, das neue Verbandsstatut und ein erstmalig in der Geschichte der AWO auf den Weg gebrachter Unternehmenskodex.

Ich darf alle, auch bei uns, die heute noch daran herummäkeln oder glauben, sie müssten sich nicht daran halten, erinnern: Das waren Gemeinschaftswerke, denn noch nie in der Geschichte der AWO - und hier gebührt Wilhelm Schmidt ein besonderer Dank - wurde die Basis so breit in die Entscheidungen einbezogen, wie in der Vorbereitung der Grundsatzbeschlüsse auf den Bundeskonferenzen in Düsseldorf, Aachen und Magdeburg/Berlin. Durch die jahrelange Vorbereitung in Regionalkommissionen, Regionalkonferenzen und Bundeskommissionen mit der regional organisierten Beteiligung der Basis wurde sichergestellt, dass alle Gliederungen bei der Neugestaltung mitgenommen wurden.

Vollzug und Umsetzung dieser Vorgaben wird auch den Alltag der AWO am Niederrhein in den nächsten Jahren bestimmen, wobei jede Untergliederung die Chance bekommt, die für sie gültige Organisationsform - vom traditionellen Vorstands- bis zum Präsidiumsmodell - selbst zu bestimmen.

Die Geschichte der AWO ist ohne Zweifel eine Erfolgsgeschichte. Es gab Zeiten, da ging fachpolitisch nichts an uns vorbei. Kaum ein sozialpolitisches Feld, in dem wir nicht mitgewirkt haben, in vielen Bereichen sogar Antreiber waren. Ich darf nur an die Reform der Sozialhilfe, des Kinder- und Jugendrechts die „Erfindung“ der Pflegeversicherung und deren Ausgestaltung (u.v.m.) erinnern. Und diese konstruktive Mitgestaltung wichtiger Veränderungen galt immer für die Bundes- und hier in Nordrhein-Westfalen auch für die Landespolitik.

Unbestritten haben wir im Verlaufe unserer Entwicklung am Niederrhein ein eigenes Profil entwickelt. Wir haben uns stets unserer Tradition als Teil der Arbeiterbewegung mit ihren postulierten Werten verpflichtet gefühlt, ohne uns notwendigen Erneuerungen zu verschließen, wobei wir Neuerungen nicht hinterhergelaufen, sondern Innovationen entgegengegangen sind.

Nur einige Beispiele für fachpolitische Innovationen:

- Auf dem Höhepunkt der Diskussion um den § 218 Ende der 70er Jahre haben wir gegen erheblichen Widerstand - anfangs auch von führenden Sozialdemokraten - mit unserem „Institut für Schwangerschaftskonflikte“ in Essen ein deutliches Zeichen der Solidarität mit den Frauen gesetzt. Das wurde zum bundesweiten Modell und ist bis heute unvergleichbar.
- Ohne unsere Initiative - auch gegen Widerstände - würde es das Jugendwerk der AWO in der heutigen Form nicht geben.
- Die Pflegeversicherung, deren Grundgedanke in einem Arbeitskreis der AWO „erfunden“ wurde, wäre ohne die begleitenden Praxisversuche in einem unserer

Seniorenzentren nicht zur Anwendungsreife gebracht worden - übrigens kooperativ mit dem Landschaftsverband Rheinland.

- Zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit haben wir in den 80er Jahren mit dem legendären „10-Punkte-Programm“ ein Instrument entwickelt, das Grundlage des späteren „Verbundsystems gegen Jugendarbeitslosigkeit im Rheinland“ war und dann bundesweit nachgeahmt wurde.
- Und nicht zuletzt waren wir es, die sich von Anfang an dem Problem der Kinderarmut gestellt haben und das nicht nur proklamatorisch, sondern durch die Entwicklung konkreter Einrichtungen und Dienste die durch eine Vielzahl nationaler und internationaler Auszeichnungen gewürdigt wurden.

Dieses Projekt ist übrigens auch Beleg dafür, dass wir bei unseren Innovationen auf Nachhaltigkeit setzen - das Thema ist aktuell und bleibt auch von uns besetzt.

Nach innen haben wir in den Jahren von 1998 bis 2008 im Gesamtverband Veränderungen vorgenommen, wie selten zuvor. Wir wollen uns damit für die Zukunft rüsten, die Weichen stellen in eine Zeit, die mit enormen Veränderungen verbunden sein wird. Der innerstaatliche Weg zum Neoliberalismus wird den Sozialstaat verändern; das neue Europa der - jetzt schon - 27, wird die im Moment noch stehenden nationalen Schutzzäune um die traditionellen Strukturen der Wohlfahrtspflege einreißen. AWO in einer globalisierten Welt - sind wir darauf eingestellt?

Diese Entwicklung bedroht in erster Linie das Unternehmen Arbeiterwohlfahrt, das bei uns eine besondere Geschichte hat. Nach der Entscheidung des Bezirksvorstandes, die AWO vor Ort zu stärken, wurde schon 1977 den letzten Kreisverbänden die Zustimmung zum EV-Status erteilt,

was eine rasante wirtschaftliche Expansion zur Folge hatte und der Hauptgrund für die bundesweit unvergleichliche Autonomie und Selbstbestimmung der Kreisverbände am Niederrhein war. Diese Entscheidung fiel in einer Zeit, als wir am Niederrhein in einer Gemeinschaft lebten, in der Partikularinteressen zurückstanden und Konflikte freundschaftlich und zum Wohle des Gesamtverbandes und nicht mit quantitativer Kraftmeierei gelöst wurden. Das hatte für die fachliche und verbandspolitische Entwicklung sicher Vorteile, für den unternehmerischen Bereich wird es aber aus heutiger Sicht die Zukunftsfähigkeit in Frage stellen. In einer Zeit, in der eigentlich alle, die sich ernst genommen am Markt bewegen, ihre Kräfte bündeln, können unsere kleinkarierten Insellösungen nicht das Zukunftsmodell sein, zumal, wenn wir uns auch noch gegenseitig Konkurrenz machen.

Und wir reden hier nicht von „Peanuts“, denn als Anbieter sozialer Dienstleistungen betreibt die AWO am Niederrhein in ihrer Gesamtheit, also Bezirksverband, Kreisverbände und Ortsvereine, fast 800 Einrichtungen, von der Kinder- und Jugendhilfe bis zur Altenhilfe. Das addierte jährliche Haushaltsvolumen beträgt mehr als 400 Millionen Euro. Mit mehr als 8.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zählen wir zu den großen Arbeitgebern der Region.

Damit tragen wir eine hohe Verantwortung, die - neben dem aus wirtschaftlichen Gründen notwendigem Zusammenschluss - natürlich auch die Frage aufwirft, ob wir das alles in den traditionellen Organisationsformen noch bewältigen können. Vor allem die ehrenamtlichen Vorstände tragen eine hohe Verantwortung und gehen auch persönliche Risiken ein. Einige drohende und eingetretene Insolvenzen – von Geschäftsführungen ausgelöst und von Vorständen auszubaden - haben das auch belegt.

Daraus ergibt sich dann auch zwangsläufig, dass sich Vorstände im Alltagsgeschäft mehr und mehr mit den Problemen

des Unternehmens beschäftigen müssen und immer weniger den Ansprüchen des Sozialverbandes gerecht werden können.

Mit der Verbandsreform sind dem Verband neue Strukturen entwickelt worden, die die Vorstände aller Gliederungen jetzt in die Lage versetzen, für sich eine Organisationsform zu finden, die ihnen endlich die Freiheit gibt, sich von den operativen Entscheidungen des Unternehmens zurückzuziehen und sich auf die strategischen und verbandspolitischen Kernaufgaben zu konzentrieren. Wenn sie das wollen, können sie für sich eine Organisationsform wählen, die sie endlich wieder frei macht für die Verbandspolitik, die in den letzten Jahren vielerorts hinter dem täglichen „Klein-Klein“ der Unternehmensverantwortung zurückstehen musste.

Wenn die gewählten Repräsentanten sich auf die Strategischen Entscheidungen zurücknehmen, sich nicht mehr im operativen Geschäft verschleißen, gibt das dem Verband politisch ein neues Gesicht und verlagert auch endlich die Verantwortung auf die Administration, die faktisch in der Regel eh schon das Sagen hat.

Diese Arbeiterwohlfahrt hat in ihrer 90jährigen Geschichte solidarisch viele Krisen überwunden, ist aus dem Nichts wieder auferstanden, hat mit der Gemeinschaft der Arbeiterbewegung wieder neu begonnen. Das ist gelungen, weil wir eingebettet waren in eine Bewegung, die auf der Basis gemeinsamer Werte zusammenstand, die Visionen hatte und in der die gleichen Ziele verfolgt wurden.

Heute ist die wirklich spannende Frage, wo gehen wir hin, was retten wir von unserem Selbstverständnis und von unseren Werten in die neue Zeit, welche Menschen werden die AWO in Zukunft tragen und repräsentieren, wie werden unsere Dienste und Einrichtungen mit neuen Konkurrenzen fertig, welches Profil müssen die Mitarbeiter der Zukunft haben, welche Arbeitsbedingungen können wir Ihnen noch bieten?



## Arbeiterwohlfahrt Bezirksverband Niederrhein e.V.

Fragen über Fragen, die einer Antwort bedürfen und das schnell, denn die Zukunft hat schon begonnen.

Wie schon gesagt, haben wir die letzten zehn Jahre genutzt, unsere Werte verbindlich neu zu formulieren und Strukturen zu schaffen, die den Verband zukunftsfähig machen, zumindest was die inhaltlichen und organisatorischen Gestaltungsmöglichkeiten angeht.

Grosse Sorgen habe ich, Menschen zu finden, die sich diesen Aufgaben stellen werden. Dazu bedarf es neuer Kräfte. Die jetzigen Funktionsträger werden zu 80 Prozent in zehn Jahren nicht mehr aktiv sein. Das gilt für Entscheidungsträger im Idealverband und im Unternehmen - wobei auf der administrativen Ebene in den nächsten Jahren durchaus ein reiches neues personelles Angebot außerhalb des Verbandes zu erschließen ist, mit dem dann aber der „Wertetransport“ mehr und mehr aus der Strecke bleiben wird.

Es wird immer schwerer, aus der vorhandenen Mitgliedschaft die Funktionen im Sozialverband zu ersetzen. Das gilt schon für die Kreisverbände aber ganz gewaltig trifft es heute schon die Basis, nämlich die Ortsvereine, vor allem die, die sich noch aktiv in das Verbandsgeschehen einbringen.

Das frühere Reservoir, die Organisationen der Arbeiterbewegung, die sich über Generationen im gegenseitigen Austausch stützten und einsprangen, gibt es nicht mehr. Teilweise stehen wir uns heute fremd und oft sogar konkurrierend gegenüber.

Was vor der Gründung, nach der Gründung und nach der Wiederbegründung noch üblich war - bei uns zuhause waren wir in den Falken, in der Gewerkschaft, in der SPD, in der AWO, bei den Naturfreunden und auch noch in der Volksbühne - zieht heute nicht mehr.

Wir brauchen neue Mitglieder. Beim Start unserer großen Strukturreform vor fünf Jahren wurde das Ziel anvisiert: eine Mio. Mitglieder bis 2010. Da haben wir noch

knapp zwei Monate Zeit, die noch fehlenden 600.000 aufzutreiben. Nun ernsthaft, an der Notwendigkeit die Mitgliedschaft zu erweitern, besteht kein Zweifel. Aber, wo sollen sie herkommen? Und noch wichtiger, welche brauchen wir, um die Lücken zu füllen? Ich glaube, die, die wir mit Massenwerbung gewinnen, stützen höchstens die statistischen Zahlen. Wir brauchen junge, engagierte und aktive Mitglieder, die den Idealverband stützen und reformieren, die unsere Werte weitertragen.

Auf der Suche muss uns unser erster Weg zu unserer Jugendorganisation, unserem Jugendwerk der Arbeiterwohlfahrt führen. Damit uns aber dieser geborene Nachwuchs nicht verloren geht, sind wir angehalten, dessen Mitglieder so zu stützen, zu unterstützen und zu fördern, dass sie sich nicht nur mehren, sondern auch nach ihrer Zeit im Jugendwerk an uns gebunden fühlen und auch adäquate Betätigungsfelder für den Einstieg in den Mutterverband finden.

Die Bundeskonferenz 2008 hat mit der Strukturreform jetzt endlich konkrete Beteiligungen von Vertretern/innen des Jugendwerkes in den Vereinsorganen und den Förderungsauftrag verpflichtend beschlossen. Und ein weitere Auftrag der Konferenz wird zur Zeit umgesetzt. Es ist eine von Präsidium und Jugendwerksvorstand paritätisch besetzte Arbeitsgruppe unter dem Vorsitz des Präsidenten gebildet worden, in der wir zur Zeit dabei sind, neue Wege für den Übergang vom Jugendwerk in den Mutterverband zu schaffen. Aufgrund der damit gemachten guten Erfahrungen soll auch diese Arbeit in Regionalkonferenzen vertieft werden.

Für den Bezirksverband war das nie eine Frage. Bei uns ist das alles schon lange Alltag und heute - nach nunmehr 35 Jahren Förderung des Bezirksjugendwerkes - können wir stolz auf das sein, was sich bei uns entwickelt hat.

Auch einige unserer Kreisverbände sind

auf diesem Wege - einige aus der Tradition und andere nach gewonnener Erkenntnis oder weil sie die gefassten Beschlüsse ernst nehmen - aber viele fehlen noch. Sie sollte man ständig an ihren möglicherweise etwas verkümmerten Selbsterhaltungstrieb und Selbsterneuerungstrieb erinnern.

Aber das reicht noch nicht. Was könnte all die jüngeren Menschen zu uns führen, die nach Möglichkeiten suchen, außerhalb von Parteien gesellschaftliche Entwicklungen mitzugestalten.

Wir renommieren mit unserem hohen Bekanntheitsgrad in der Bevölkerung. Um damit allerdings an ein solches Potential heranzukommen, ist es wichtiger zu fragen, wofür wir bekannt sind. Diesen jungen Leuten müssen wir Visionen anbieten und den alten Traum, eine Art Greenpeace des Sozialen zu sein, endlich realisieren.

Und mit der Frage nach dem traditionellen Austausch sind wir bei dem wohl heikelsten Thema für die Gestaltung der Zukunft des Sozialverbandes Arbeiterwohlfahrt angekommen. Wie schon gesagt, haben sich die traditionellen Organisationen der Arbeiterbewegung von einander entfernt. Was bei uns geblieben ist, ist die enge Bindung an die SPD, die nach wie vor besteht, aber oft nur noch durch Personenidentität unserer Funktionäre sichtbar wird und im Alltag häufig zur Einbahnstrasse geworden ist.

Ist diese Bindung für uns noch ein Zukunftsmodell oder versperrt sie uns Möglichkeiten der personellen Verjüngung? Unser beider Nachwuchs rückt da schon deutlich auseinander. Bei den Jungsozialisten spielt die AWO kaum noch eine Rolle und von den 30 Führungsfiguren unseres Niederrheinischen Jugendwerkes sind gerade einmal noch sechs Mitglied der SPD. Die Neigungen der Mehrheit gehen danach wohl in eine andere politische Richtung, der wir uns auf Dauer auch nicht verschließen dürfen und auch nicht wollen. An dem Wiederfinden der traditionellen Bindungen müssen wir arbeiten und ich denke, dass sich

jetzt aktuell in ganz Nordrhein-Westfalen etwas bewegt - hier am Niederrhein waren wir programmatisch nie sehr weit auseinander.

Und nicht zuletzt - mit Blick auf unsere Geschichte - müssen wir wieder Frauen an die Entscheidungsebenen heranzuführen. Frauen, denen es nicht genügt, zu Zwecken der Repräsentation vorgeschickt zu werden. Es gibt bei uns erste zarte Knospen, die dann hoffentlich auch bald zur vollen Blüte reifen - schon jetzt haben wir wieder vier Frauen als Kreisvorsitzende.

Wenn es uns gelingt, uns mit den angesprochenen Kräften zu erneuern, hätten wir die Mitglieder, die wir brauchen. Dann spielt die große Zahl keine Rolle mehr, dann gilt Qualität vor Quantität. Dann wächst - um es mit Zeilen unseres Liedes auszudrücken - der neue Geist auch endlich nach, mit dem wir dann in die neue Zeit ziehen